



ver.di

Aus der Vergangenheit gelernt? Flucht- und Arbeitsmigration und gewerkschaftliche Forderungen

KOS Tagung in Beverungen , 8. Juni 2017

Romin Khan, Referent Migrationspolitik, ver.di Bundesverwaltung
romin.khan@verdi.de



Migration

**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt

- Laut BMI sind 2015 890.000 und 2016 280.000 Menschen nach D geflohen
- Rund 70 Prozent im erwerbsfähigen Alter
- Laut DIHK beschäftigen rund 11 Prozent der Unternehmen Flüchtlinge
- Anstieg der Beschäftigung aus Hauptfluchtländern bis Ende 2016 um 80.000 Menschen, Anteil von 12 Prozent

Widersprüchliche Signale aus der Politik

- Zugang zu Integrationsleistungen entlang der Spaltung zw. Flüchtlingen mit „guter“ und „schlechter“ Bleibeperspektive
- Ausschluss von Integrations- und Sprachkursen für große Gruppen
- Rückkehr der Arbeitsverbote
- Asylloterie in den Entscheidungen und generelle Absenkung des Schutzstatus

Fehlende Lernbereitschaft der Politik

„Ob sich der Rassismus ausbreitet, hängt damals wie heute in besonderer Weise auch von den politischen Entscheidungen ab, die die Lage der Flüchtlinge und MigrantInnen bestimmen.

Hier muss neuerlichen Formen von Stigmatisierung und Entrechtung vorgebeugt werden, da diese nicht zuletzt auch dazu beitragen, Solidarität und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu untergraben.“

Frank Bsirske, Migrationspolitische Tagung im
September 2016

Gastarbeiterzeit, Anwerbestopp und frühere Fluchtmigration

- Bis zu vierjährige Arbeitsverbote für Flüchtlinge und gesellschaftliche Exklusion
- Arbeitsrechtliche Gleichstellung wurde durch das Ausländerecht unterhöhlt
- Prekäre Wohnverhältnisse & Aufenthaltsrechte
- Keine Verdrängung, sondern Unterschichtung des Arbeitsmarkts durch GastarbeiterInnen
- Erschwerung von Familiennachzug/Erhalt der „Rückkehrfähigkeit“,

Strukturelle Diskriminierung wirkt nach

- Um 14 % sinkt die Chance eines Bewerbers mit türkischem Namen zum Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden - trotz gleicher Qualifikation.
- Nur 17% der AusländerInnen und 22 % der Beschäftigten mit Migrationshintergrund lassen sich betrieblich weiterbilden, ggü 38 % der Dt.
- 21,5 % geringer fiel 2015 das durchsch. Einkommen von Ausländern zu dt. Beschäftigten aus, 2000 lag der Unterschied noch bei 8,3 %

Ähnlichkeiten zum heutigen Umgang mit Flüchtlingen

- Vorrang aufenthaltsrechtlicher und kontrollpolitischer Logik
- Arbeitsverbote für ungewollte Gruppen
- Ausweitung der Sanktionspraxis auf Flüchtlinge mit aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen (ohne emp. Grundlagen)
- Kopplung der Aufenthaltsrechte an die Verwertung auf dem Arbeitsmarkt

Unterschied: Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

- Kein Mangel an Maßnahmen, sondern an inhaltlicher und zeitlicher Abstimmung
- z.t. Aktionismus und Symbolpolitik, statt sinnvoller Investitionen (Bsp. AGH/FIM, 1-Euro bzw. 80 Cent Jobs für Flüchtlinge)
- Regionale Abschaffung der Vorrangprüfung ohne Verpflichtung zur Umsetzung der Prozesse seitens Ausländerbehörden

Integration braucht Begleitung und Unterstützung

- Integration dauert länger als jede Maßnahme
- „Integrationsversagen“ oder Versagen der Systeme Arbeits-, Wohnungsmarkt, Schule?
- Notwendig einer Begleitstruktur entsteht u.a. durch den Rechtskreiswechsel SGB III zum SGB II nach Anerkennung
- In den Betrieben braucht es (freigestellte) Mentoren und Lotsen als Ansprechpartner

Integration braucht gleiche Rechte

- Planbarkeit und Sicherung der Lebensumstände
- Recht auf Familienzusammenführung
- Wohnung und freie Wohnortwahl
- Chance auf dauerhaften Aufenthalt
- Zugang zum Gesundheitssystem

Effekte der aktuellen Politik

- Steigerung der Erpressbarkeit von (jungen) Flüchtlingen durch Ausbildungsduhlung und Aufenthaltsbestimmungen
- Verstärkte Konkurrenz im Niedriglohnsektor , Zunahme der Leiharbeit
- Rückkehr der Illegalisierung
- Erschwerung kollektiver Organisierung

Gewerkschaftliche Herausforderungen

- Aufklärung über Arbeitsrechte muss Teil von Integrations- und Sprachkursen werden
- Demokratische Rechte gegen Ausbeutung und Willkür müssen Teil Wertevermittlung sein
- Gleiche Standards verteidigen/weiterentwickeln
- Aufenthaltsrechte bestimmen Arbeitsrechte und Zugang zum Arbeitsmarkt. Gewerk. Unterstützung muss über die Arbeit hinaus wirken

Danke für Eure Aufmerksamkeit!

Beschäftigung und Qualifizierung stärker verknüpfen

- Ausbau des (Berufs-)Bildungssystems und Aufwertung der sozialen Berufe notwendig
- Verbindung von Qualifizierung, Integrationskurs, Spracherwerb und Arbeit (auch für Dienstleistungsberufe)
- Tarifliche Regelungen für betriebliches Integrationsjahr und Einstiegsqualifizierungen nutzen bzw. schaffen